

Mit der katholischen Kirche gegen den italienischen Staat?

Was die Jubiläumsfeiern zur Gründung des italienischen Nationalstaats über die heutige Politik verraten

Von dem Soziologen und Historiker Dr. Max Livi, Münster

Vor einigen Wochen hat Italien zum 140. Mal einen der symbolträchtigsten Tage in seiner Geschichte gefeiert: Am 20. September 1870 drangen die Bersaglieri, eine Infanterietruppe des italienischen Königs Viktor Emanuel II., durch eine Bresche am antiken Stadttor der Porta Pia nach Rom ein. Die Stadt der Päpste wurde ein Teil des Königreichs Italien und – in der Nachfolge von Florenz – zu dessen neuer Hauptstadt. Der Kampf war wenig spektakulär, steht aber ohne Zweifel für ein folgenreiches, fundamentales Ereignis in der italienischen Geschichte. Mit ihm war der nationale Einigungsprozess, das Risorgimento, weitgehend abgeschlossen. Auf der Halbinsel gab es jetzt – auch wenn der heutige Historiker das sicher relativieren muss – einen modernen liberalen Staat. Vor allem aber hatte die Bresche in der Porta Pia die Auflösung des Kirchenstaates und das Ende der weltlichen Herrschaft der Päpste zur Folge.

Das hinterließ, als Kehrseite der Medaille, eine tiefe Spaltung unter den italienischen Katholiken und verursachte den Beginn einer komplexen Koexistenz zwischen dem italienischen Staat und der katholischen Kirche. Diese Problematik hat über Jahrzehnte die Herausbildung einer gesamtitalienischen Identität stark beeinflusst und bleibt bis heute ein bestimmender Faktor des italienischen politischen Diskurses.

Wie die Feierlichkeiten für den 140. Jahrestag dieser Ereignisse aussehen und was im kommenden Jahr geplant ist, wenn sich die Ausrufung Viktor Emmanuels II. zum König von Italien zum 150. Mal jährt: Das sagt daher viel über die aktuelle Verflechtung von Religion und Politik in Italien aus.

Bisher ging es den Organisatoren offenbar nicht vorrangig um eine Bilanz des komplexen Einigungsprozesses und des ebenso komplexen Status der Trennung von Kirche und Staat in Italien. Entsprechende Bedenken haben bereits vor einem Jahr der frühere Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi und der Historiker Ernesto Galli della Loggia geäußert, beide Mitglieder des Jubiläumskuratoriums.

Vor 50 Jahren wurden die Jubiläumsfeierlichkeiten noch im Zeichen der damals neuesten Erträge der Forschung gestaltet, die Stichworte wie „Nation“ und „Freiheit“ betonten und damit das Risorgimento in ein gesamteuropäisches Phänomen der „Revolution der Nationalitäten“ (Franco Valsecchi) einbetteten. Aktuell scheint hingegen eine politische revisionistische Tendenz vorzuherrschen, die anders als die ältere Geschichtsschreibung die Konflikte während des nationalen Einigungsprozesses verharmlost und eher das heutige Miteinander von Kirche und Staat hervorhebt.

Solche Tendenzen offenbarten sich bereits vor einigen Wochen während der Veranstaltung vor der Porta Pia, an der mit Tarcisio Bertone zum ersten Mal auch ein vatikanischer

Staatssekretär teilnahm. Er sprach in seiner Rede über die „Eintracht zwischen Zivil- und Kirchengemeinschaft, die gemeinsam und weitreichend für das Wohl des italienischen Volkes arbeiten“. Bertone hob hervor, dass „der italienischen Staat und die katholische Kirche eine gemeinsame Geschichte gelebt“ und sich immer – vor allem in den schwierigen Zeiten des 20. Jahrhunderts – gegenseitig unterstützt hätten.

Für viele Beobachter bestätigt diese Rede nichts anderes als die zunehmende Vermengung von Religion und Politik; sie stellt demnach ein anschauliches Beispiel für die postmoderne Erweiterung des Laizitätsbegriffes von einem ideologischen Kampfprinzip hin zu einem Werkzeug für methodologisch-formelle Beschreibungen dar. Andere Beobachter betonten hingegen den problematischen Charakter dieser Rede. Ein Grund dafür ist, dass Bertone seinen Auftritt davon abhängig machte, dass kein Historiker ohne seine Einwilligung eingeladen wurde. Noch kritischer ist – aus meiner Perspektive – aber seine Umarmungsstrategie, die von den anwesenden höchsten Amtsträgern des italienischen Staates akzeptiert wurde: Bertone versuchte, an einem höchst symbolträchtigen Ort Pius IX. und die Kirche seiner Nachfolger als gleich wichtige Protagonisten bei der langwierigen politischen und kulturellen Bildung des italienischen Volkes darzustellen. Doch Pius IX. stand dem Nationalstaat, den Freiheitsrechten und der Moderne an sich höchst ablehnend gegenüber, im „Syllabus errorum“, einer Liste der „modernen Irrtümer“, verurteilte er sie 1864 aufs Schärfste. Der Historiker Giovanni de Luna bemerkt daher zu Recht: Bertone scheint vergessen zu haben, dass die Einigung Italiens ohne – ja faktisch gegen – die Kirche erreicht wurde und dass der liberale Staat das Projekt der Bildung einer italienischen Identität über Jahrzehnte ohne Unterstützung der Kirche verfolgen musste. Gerade Pius IX. rief die Katholiken aus der Politik heraus, ja er verbot ihnen mit seiner Bulle „Non expedit“ („Es ist nicht angebracht“) von 1874 sogar ausdrücklich, an Wahlen teilzunehmen.

Bertone versucht, eine der vielen tiefen Spaltungen in der italienischen Gesellschaft zu überbrücken. Problematisch ist dabei, dass sich der freie Umgang mit historischen Fakten zu noch weitergehenden instrumentellen Revisionen der italienischen Geschichte einlädt. So gibt es seit Jahren Bestrebungen, die Milizsoldaten der italienischen Sozialrepublik mit den Widerstandskämpfern der Resistenza zwischen 1943 und 1945 gleichzustellen oder den 25. April 1945 als symbolischen Gründungstag einer italienischer demokratischen Identität infrage zu stellen.

So bemerkenswert der Auftritt von Bertone an sich und die erhöhte Sichtbarkeit der Kirche in der öffentlichen Arena Italiens sind: Entscheidend ist es, darauf hinzuweisen, dass die Geschichte für aktuelle politische Zwecke reduziert beziehungsweise revidiert wird. Denn es ist nicht zu übersehen: In der Zeit der aktuellen schwierigen Krise der italienischen politischen Kultur wird nicht nur die Tradition des Risorgimento als Tradition der Moderne infrage gestellt. Hier geht es mehr und mehr darum, den Beginn des gesamten nationalen Einigungsprozesses und, letzten Endes, den italienischen Staat an sich politisch infrage zu stellen.

Seit der Auflösung der „Democrazia Cristiana“ und der „Partito Comunista Italiano“ – die authentische Volks- und Massenparteien waren – zeigt keiner der aktuellen politischen Akteure mehr ein echtes Interesse für die Verteidigung eines einheitlichen und säkularen Staates. Die „Partito Democratico“, Berlusconis Partei „Popolo della Libertà“ und vor allem die ehemalige christlich-demokratische Welt beschränken sich immer mehr darauf, regionale beziehungsweise lokale Interessen zu vertreten. Zugleich zeigen sie, als gemeinsamen Nenner, eine immer größere Bereitschaft, die Kirche als politischen Partner

zu betrachten, um den Katholizismus als politischen Integrationsfaktor zu benutzen. Die Gefahr ist in diesem Fall die Verbreitung – wenn auch in gemäßigter Form – des politischen Paradigmas der Lega Nord. Seit Jahrzehnten kämpft sie gegen den einheitlichen, zentralisierten Staat und für die Selbstbestimmung der „unterschiedlichen Völker“ auf italienischem Boden. Zeitgleich führt sie eine zweckmäßige Verteidigung des Katholizismus als italisches identitätsstiftendes Element, um dabei für eine vor allem anti-islamische Politik zu werben. Zu diesen Zwecken zögert sie nicht, Mythen zu erfinden und die Geschichte zu manipulieren.